SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Stolpersteine auf dem slowakischen Weg nach Brüssel?

Innenpolitische Unwägbarkeiten der slowakischen Integrationsbemühungen

Kai-Olaf Lang

Ende Februar tat die Slowakei einen weiteren Schritt in Richtung Brüssel: Eine mit knapper Mehrheit verabschiedete Verfassungsänderung machte das Land europakompatibler. Mühsam verläuft bisher ein anderes integrationspolitisches Schlüsselprojekt: die auf Dezentralisierung abzielende Verwaltungsreform. Die Positionen der in der Rechts-mitte-links-Koalition von Mikuláš Dzurinda vertretenen Parteien konnten bislang nicht harmonisiert werden. Bei beiden Reformvorhaben wurden die Grundprobleme der politischen Szene des Landes deutlich. Durch schmerzhafte Reformmaßnahmen wurde die populistische Opposition gestärkt. Diese wird angeführt vom forschen Jungpolitiker Robert Fico und dem nach wie vor populären Ex-Premier Vladimír Mečiar. Überdies mindern Zerwürfnisse in der Regierungskoalition die Aussichten des gegenwärtigen Reformbündnisses, den im Herbst 2002 anstehenden Urnengang erfolgreich zu überstehen. Über den Integrationsbemühungen Bratislavas hängt damit weiterhin das Damoklesschwert innenpolitischer Ungewißheit.

Die Regierung Dzurinda hat in ihrer bisherigen Amtszeit viele Altlasten aus der Mečiar-Ära abgetragen und die Slowakei wieder in den Kreis der ernsthaften Anwärter auf die Mitgliedschaft in EU und NATO geführt. Bis auf das von Brüssel angemahnte Strukturproblem »Situation der slowakischen Roma« konnten die gröbsten Unzulänglichkeiten im Bereich von Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz eliminiert werden. Durch die Einführung der Visumspflicht für ukrainische, russische und weißrussische Staatsbürger wurde ein Schritt in Richtung auf die »Abdichtung« der Ostgrenze unternommen. Die wirtschaftlichen Sanierungsprogramme manifestieren sich in gefestigten Wachstumsraten, einer sinkenden Inflation und im Rückgang des Außenhandelsdefizits. Ein großer Sprung nach vorne wurde mit der Novellierung der Verfassung vollzogen. EU-Kommissar Verheugen, zum Zeitpunkt der Abstimmung über das Vorhaben im Land, hatte mehrmals deutlich gemacht, daß ein Scheitern der Novelle eine Verschlechterung der Beitrittsaussichten Bratislavas nach sich zöge. Als der Slowakische Nationalrat am 23. Februar 2001 nach intensiver dreiwöchiger Debatte die Änderung des konstitutionellen Gerüsts unter

Dach und Fach brachte, konnte man auf den Koalitionsbänken aufatmen. Aufgrund des Widerstands der Opposition und mehrerer Abtrünniger aus den eigenen Reihen hatte man um den Erfolg des Vorhabens bangen müssen. Mit Müh und Not (90 von 90 erforderlichen Stimmen) bekam man die für Verfassungsänderungen nötige Mehrheit zusammen.

Die Novelle ermöglicht unter anderem die Dezentralisierung des Staatsaufbaus durch die Bildung sog. »höherer Territorialeinheiten«, also einer Zwischenstufe mit eigenen Aufgaben. Diese intermediäre Ebene wird insbesondere bei der Absorption von Brüsseler Strukturmitteln eine wichtige Rolle spielen. Gleichzeitig wurde die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf internationale Organisationen konstitutionell normiert. Überdies wurde die Position der Obersten Kontrollbehörde aufgewertet und die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt.

Schon beim zweiten aktuellen Großprojekt, der Verwaltungsreform, wird indes sichtbar, wo die Grenzen der Kooperationsfähigkeit in der Koalition liegen. War nach langem Hin und Her endlich ein Modell für die künftige Gestaltung von Administration und Selbstverwaltung gefunden, so zerbrach der vorläufige Kompromiß aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über Zahl und Zuschnitt der künftigen Regionen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß nur noch eine Leichtversion der Reform auf den Weg gebracht wird.

Noch schwerer als die koalitionsinternen Differenzen wiegt indes der nach wie vor fehlende politische Konsens aller maßgeblichen politischen Kräfte in bezug auf die außen- und reformpolitische Grundorientierung. Anders als in den übrigen Visegrád-Ländern bleibt die politische Landschaft in der Slowakei gespalten. Neben der »euroatlantisch« ausgerichteten gegenwärtigen Regierungskoalition existieren Oppositionsparteien, die die Grundlinien der Außenpolitik nur halbherzig anerkennen oder rundweg ablehnen. Im Falle von Mečiars *Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS)* und der radikalen *Slowakischen Nationalpartei (SNS)* gehören die Verletzung demokratischer Spielregeln und die Ausgrenzung von Minderheiten zum Standardrepertoire des Politikverständnisses. Ein Machtwechsel birgt somit in der Slowakei immer noch das Risiko einer fundamentalen Neuorientierung und einer zumindest partiellen Infragestellung von bisher Erreichtem. Insofern weist die Slowakei mehr Affinitäten zu Südosteuropa auf als zu Ostmitteleuropa: Nicht unterschiedliche Akzentsetzungen, sondern die Gegenüberstellung eines demokratisch-reformorientierten Lagers und eines populistisch-aggressiven Lagers (oder mehrerer) bilden die Differenzspezifika zwischen den wichtigsten politischen Akteuren. Selbst wenn die Reformer im Amt bestätigt würden, fehlt eine konstruktive Opposition und somit die unbeschränkte Möglichkeit der demokratischen Alternanz. Ob daher das Kopenhagener Kriterium »funktionierende Demokratie« als erfüllt anzusehen ist, muß zumindest hinterfragt werden.

Wie die Meinungsumfragen belegen, befinden sich die reformorientierten Kräfte in der Slowakei gegenüber den unberechenbar-populistischen Gruppierungen seit langem im Hintertreffen. Während die Regierungskoalition – trotz wachsender Fragmentierung auf parlamentarischer Ebene – und die Regierung Dzurinda wohl bis zum Ende der Legislaturperiode halten werden, ist ihre Anhängerschaft weggebrochen. Die amtierende Koalition hat sich durch die aufreibende Bewältigung des Mečiar-Erbes verschlissen. Nur kleine Segmente der slowakischen Gesellschaft profitieren von den Wirtschaftsreformen. Die Arbeitslosigkeit durchbrach im Januar 2001 die Schallmauer von 20%. Ein wachsendes Haushaltsdefizit erfordert zusätzliche Finanzdisziplin und blockiert soziale Kompensationsprogramme. Für die große Mehrzahl der Slowaken sind Arbeitslosigkeit, ein schlecht funktionierendes Gesundheitssystem und der sinkende Lebensstandard brennende Probleme, für die die Regierung noch keine Lösung gefunden hat. Bei-

nahe zwei Drittel (65,4%) der Slowaken meinen derzeit, daß sich »das Geschehen im Land nicht in die richtige Richtung« bewegt. Dies sind sogar mehr als vor dem letzten Regierungswechsel (58,4%).

Ob Dzurinda und seine Weggefährten in den kommenden Monaten Terrain zurückgewinnen können? Ein Blick auf die innenpolitische Lage verheißt wenig Gutes.

Stabilität und Labilität der Koalition

Die *Slowakische Demokratische Koalition (SDK)*, ursprünglich stärkste Kraft in der Regierungskoalition, befindet sich in einem anhaltenden Zerfallsprozeß. In der 1998 als Verlegenheitslösung formierten Partei verhinderten inhaltliche Heterogenität und personelle Differenzen die Entwicklung zu einem kohärenten politischen Subjekt. Seit Premier Dzurinda im vergangenen Jahr zusammen mit Politikern aus der liberalen *Demokratischen Union (DU)* und Dissidenten aus der *Christdemokratischen Bewegung (KDH)* eine eigene Gruppierung, die *Slowakische Christliche und Demokratische Union (SDKÚ)*, aus der Taufe gehoben hat, bricht die ursprünglich als Fünferbündnis konstituierte SDK praktisch auseinander. Selbst die Parlamentsfraktion ist in Auflösung begriffen.

Auf den Trümmern der SDK formiert sich die künftige rechte Mitte. Die SDKÚ hat dabei die besten Aussichten, sich bis zu den Wahlen in Szene zu setzen. Sie kann als Gruppierung des Regierungschefs von der in Teilen der Gesellschaft bestehenden Sympathie für Mikuláš Dzurinda profitieren und auf die Ressourcen einer »Partei der Macht« rekurrieren. Als moderne christdemokratische und konservativ-liberale Sammelpartei mit eindeutigem Bekenntnis zur wirtschaftlichen Umgestaltung und zur Einbindung in EU und NATO findet die Partei vor allem unter jüngeren und besser gebildeten Stadtbewohnern Resonanz.

Ihre eigenen Wege geht bereits jetzt die KDH, die seit dem Abgang Dzurindas und seiner Anhänger merklich zum Traditionalismus abdriftet. Ihr Vorstoß, im Zuge der Verfassungsnovelle ein Abtreibungsverbot konstitutionell zu verankern, verdeutlicht, daß die KDH wieder dorthin zurückgekehrt ist, wo sie zu Beginn der 90er Jahre stand: in den engen Sektor des politischen Katholizismus.

Zwischen der stärker nach rechts ziehenden KDH und der zentristischen SDKÚ muß sich die konservative *Demokratische Partei (DS)* entscheiden. Wie die Abgeordneten der KDH haben auch die DS-Parlamentarier die gemeinsame Fraktion der SDK verlassen. Doch die kleine Partei ist auf sich allein gestellt verloren und muß sich daher an einen der beiden großen Brüder heften.

Nicht minder unübersichtlich als bei der Rechten stellt sich die Situation bei der *linken Mitte* dar. Verunsichert ist die *Partei der Demokratischen Linken (SDĽ)*, die eigentliche Führungspartei der slowakischen Linken. Nach ihrem Eintritt in die Koalition blieb ihr nichts anderes übrig, als die unpopulären Reformen der Regierung Dzurinda mitzutragen. Mit Finanzministerin Brigita Schmögnerová stellt die SDĽ eine Symbolfigur für die Sanierung der Staatsfinanzen. Kein Wunder also, daß die Partei von vielen Transformationsverlierern verlassen wird. Einen schweren Schlag versetzte den Linksdemokraten überdies der Abgang Robert Ficos (s. unten).

Die Partei reagierte mit demagogischen Anwandlungen, die sich vornehmlich in einer zunehmend intransigenten Haltung gegenüber den Forderungen der ungarischen Minderheit manifestierten. Die Protagonisten einer Modernisierung der SDĽ, allen voran Ex-Parteichef Peter Weiss, gelangen zusehends ins Abseits, ihre Forderung nach Bildung einer parteiinternen Plattform wurde von den konservativen Pragmatikern um den Parteivorsitzenden Jozef Migaš abgeschmettert. Allein vom neuen, energischen Verteidigungsminister Jozef Stank gehen zur Zeit positive Impulse aus.

Noch desolater ist der Zustand der anderen Parteien der linken Mitte, die an der Regierungskoalition beteiligt sind. Die Partei der Bürgerverständigung (SOP), einst von Staatspräsident Rudolf Schuster als Wahlverein ins Leben gerufen, ist weit von

ihrem alten Glanz entfernt. Ähnlich wie die auf einem SDK-Ticket ins Parlament gelangten *Sozialdemokraten (SDSS)* und die slowakischen *Grünen (SZS)* hat auch die SOP keine Chance, auf eigene Faust den Sprung in den Slowakischen Nationalrat zu schaffen. Alle Gruppierungen trachten daher nach intensivierter Kooperation mit nahestehenden Partnern. Nach langem Hin und Her wandte sich die SDSS der SDĽ zu. Ob es zu einer Fusion kommen kann, ist angesichts der altbekannten Egoismen in beiden Parteien fraglich. Gemeinsam mit der SZS und dem DU-Restprodukt *LDÚ (Lieberaldemokratische Union)* hat die SOP Ende Februar eine neue Parlamentsfraktion gebildet.

Von den Koalitionspartnern hat sich bislang die *Ungarische Koalitionspartei (SMK)* als intern solidestes Element erwiesen. Die politische Vertretung der ungarischen Minderheit hat alle wesentlichen Maßnahmen der Regierung Dzurinda mitgetragen und sich sowohl als Sachwalterin ihrer angestammten Klientel als auch als reform- und europaorientierte Kraft der rechten Mitte verstanden. Ihre Loyalität bietet die SMK aber nicht zum Nulltarif an: Allein mit Blick auf ihre Anhängerschaft muß die Partei auf der Realisierung einiger aus Sicht der ungarischen Minderheit essentieller Vorhaben bestehen.

Gut sichtbar wurde dies im Zusammenhang mit der Verfassungsnovelle. Die SMK stimmte dieser erst dann zu, als zwei ihrer Forderungen erfüllt worden waren. Die Regierung beschloß erstens, die Europäische Charta für Minderheiten- und Regionalsprachen zu unterzeichnen, zweitens wurde dem Senat der Universität von Nitra empfohlen, dort eine Fakultät für die Ausbildung ungarischsprachiger Lehrer einzurichten. Mit drei anderen Projekten konnte die SMK indes nicht reüssieren. Die von den Ungarn angemahnte Überführung herrenloser Grundstücke in Gemeindeeigentum wurde von der SDĽ zunächst verhindert. Auch eine dem Prinzip der Staatsbürgerlichkeit verpflichtete Änderung der Präambel der slowakischen Verfassung wurde abgeschmettert: Nach wie vor wird die »slowakische Nation« als Souverän betrachtet – nicht wie von den Ungarn angestrebt die »slowakischen Bürger«. Und auch bei der geplanten Verwaltungsreform gibt es für die SMK nur wenig Hoffnung darauf, daß ihr Wunsch nach Schaffung einer mehrheitlich ungarischen Selbstverwaltungskörperschaft in der Südslowakei *(Komárňanská župa)* berücksichtigt wird.

Opposition I: HZDS und SNS

Zwar ist die HZDS nach wie vor die populärste Partei des Landes, doch die politischen Aktien der Mečiar-Gruppierung sind gesunken. Zunehmend unangenehm wird es namentlich für den allein tonangebenden Parteichef. Auf sein Konto geht eine Serie von mittlerweile drei Niederlagen: der Verlust der Parlamentswahlen im Herbst 1998, die Schlappe Mečiars bei den Präsidentschaftswahlen vom Frühjahr 1999 sowie das kläglich gescheiterte Referendum über vorgezogene Neuwahlen vom November 2000. Mečiar reagierte auf diese Niederlagenserie mit dem Versuch, seine Position in der HZDS noch weiter zu stärken, um so Kritik und Debatten um seine Person gar nicht erst aufkommen zu lassen – mit Erfolg. Potentielle Rivalen wurden ausgebootet, die auf dem Parteitag von Trnava im März 2000 lauthals angekündigte Umgestaltung von einer Bewegung in eine zeitgemäße Volkspartei (der Name der Partei wurde um diese Bezeichnung erweitert, sie nennt sich nun HZDS-ĽS) diente letztlich vorrangig einer Festigung der Präponderanz Mečiars: Statt zur Modernisierung kam es zur Mečiarisierung der HZDS.

Doch Mečiars Herrschaft steht auf wackligen Füßen. Die HZDS leidet an Mitgliederschwund. Nur etwas mehr als die Hälfte der Anhängerschaft ließ ihre Mitgliedsbücher im Zuge des Umbaus der HDZS zur HZDS-ĽS umregistrieren. In der Opposition verfügt die HZDS nicht mehr über Lock- und Zwangsmittel, um Fußvolk zu rekrutieren. Das gleiche gilt für potente Sponsoren, die sich mittlerweile mehrheitlich von Mečiars Bewegung abgewandt haben.

Gleichzeitig gerät die HZDS durch den Aufstieg der Partei *Smer* von Robert Fico (s. unten), der in den angestammten Gefilden der HZDS wildern möchte, in Bedrängnis. Mečiar und das HZDS-nahe Blatt *Novy deň* schießen sich daher verstärkt auf Fico ein, den der HZDS-Chef einen »hoffnungslosen Karrieristen« nannte.

Selbst das Zusammenspiel mit dem alten Bundesgenossen *Slowakische Nationalpartei (SNS)* funktioniert nicht so recht. Zwar haben sich HZDS und SNS in einem Oppositionsvertrag zugesichert, ihre Politik zu koordinieren, doch de facto ist das Verhältnis eher kühl, von effektiver Kooperation kann keine Rede sein. Selbst beim Versuch, die Verfassungsnovelle zu Fall zu bringen, ging die SNS ihren eigenen Weg, indem sie sich bemühte, mit den nicht-ungarischen Regierungsparteien ins Geschäft zu kommen und dadurch die Forderungen der SMK abzuwehren.

Die gegenwärtige Lage der HZDS ist in Anbetracht dessen durch drei Elemente gekennzeichnet: Erstens verfügt die Partei über eine stabile, doch momentan zahlenmäßig »nach oben« limitierte Anhängerschaft; zweitens ist in der HZDS keine Alternative zu Vladimír Mečiar in Sicht; und drittens werden Mečiar und seine Partei von Ficos Smer zusehends in die Ecke getrieben. Der Spielraum für die HZDS hat sich im Vergleich zu den letzten Jahren dadurch merklich verengt. Nach jetzigem Stand der Dinge führte ein Weg der HZDS zur Macht nur über Ficos Smer. Fico hat bereits signalisiert, daß für ihn eine Zusammenarbeit mit der HZDS lediglich ohne Mečiar in Betracht komme. Eine HZDS ohne Mečiar erlitte indes wohl dasselbe Schicksal wie die kroatische HDZ, die nach dem »Abgang« ihres Führers Tudjman in Diadochenkämpfen versank und auseinanderbrach.

Die demagogische Hervorhebung der angeblich staatsfeindlichen Aktivitäten der »ungarischen Irredenta« sichern der SNS, der zweiten »alten« Oppositionspartei, zwar einstweilen eine beachtliche Beliebtheit, gleichwohl treibt die Partei in unruhigen Gewässern. SNS-Vorsitzende Anna Malíková stößt ob ihres resoluten Führungsstils auf wachsenden Widerstand. Teile der Partei wollen den von Malíková angestrebten Schwenk von einer extrem-nationalistischen zu einer national bis national-konservativ orientierten Partei nicht mitmachen. Ihr Verhältnis zu dem steckbrieflich gesuchten, dubiosen russischen Geschäftsmann Alexander Belousov hat Malíkovás Position zusätzlich geschwächt. Sollte in der SNS abermals ein Kampf um den Parteivorsitz entbrennen, so ist nicht auszuschließen, daß sich – mit Blick auf die äußerst unstete Gefolgschaft – die Popularität der Partei wieder nach unten bewegt.

Opposition II: Ficos Smer

Der Titel eines Shooting-Stars der slowakischen Politik gebührt gegenwärtig Robert Fico. Der wortgewandte 36jährige Jurist, der die Slowakei bis 2000 bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte vertrat, verließ 1999 die SDĽ, für die er seit 1992 Abgeordneter gewesen war. Für den ehrgeizigen Fico war die SDĽ zu eng geworden: Im Bewußtsein seiner Popularität und der Gestaltbarkeit der politischen Landschaft zog er es vor, eine eigene Partei auf die Beine zu stellen. Die noch 1999 einberufene Partei *Smer (Die Richtung)* ist nicht mehr und nicht weniger als ein Vehikel für Ficos hochgestecktes Ziel – das Amt des Regierungschefs.

In den Meinungsumfragen schoß Smer blitzschnell in die Höhe und erreichte phasenweise eine Beliebtheit von über 20%. Damit ist die Partei an der demoskopischen Front die zweitstärkste politische Kraft im Land. Zu den ausschlaggebenden Faktoren für ihren kometenhaften Aufstieg gehört zunächst die von Fico immer wieder akzentuierte Ideologiefreiheit. Smer versteht sich als Partei, die weder links noch rechts steht. Laut Fico ist Pragmatismus die einzige Ideologie seiner Partei, denn »es ist egal, ob eine Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache sie fängt Mäuse.« Die vorrangigen Ziele von Smer sind »Ordnung, Gerechtigkeit und Stabilität«.

Ficos »pragmatische« Politikangebote gründen auf einer Kombination solch leerer Phrasen mit populistischen Vorstößen. Diese zielen insbesondere auf Roma und die ungarische Minderheit, weisen überdies einen Hang zu mit *law-and-order*-Rhetorik unterlegtem Etatismus auf. Konkrete Ideen zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme sind indes kaum zu vernehmen.

Eine wichtige Rolle spielt Ficos Doppelstrategie, sich von der Regierungskoalition sowie gleichzeitig von den Oppositionsparteien HZDS und SNS abzugrenzen. Dem Ziel, Smer zu einem mächtigen, selbständigen Block zwischen Koalition und Opposition zu machen, dient auch die Stilisierung zur Partei eines unklaren »dritten Wegs«. Schließlich darf die Person Ficos nicht vergessen werden. Von mehreren Meinungsforschungsinstituten wird Fico als der vertrauenswürdigste Politiker des Landes notiert. Fico ist nicht nur unter den Sympathisanten von Smer, sondern auch in der Anhängerschaft von SDĽ, HZDS und SNS sowie unter Unentschlossenen und Nichtwählern überproportional populär. Damit deutet sich das immense Wählerreservoir an, über das Fico verfügt.

Insgesamt drängt sich der Eindruck einer sehr dynamischen, aber in gewisser Hinsicht amorphen Politik auf. Eine Prognose über das Verhalten Ficos im Falle der Übernahme von Regierungsverantwortung ist daher schwierig. Dennoch lassen sich einige Anhaltspunkte ausmachen. Fico hat sich grundsätzlich nicht darauf festgelegt, mit wem er nach den nächsten Wahlen kooperieren will.

In Anbetracht des diffusen programmatischen Reliefs von Smer sind die Erklärungen zur angestrebten außenpolitischen Orientierung mit Vorbehalt zu genießen. Offiziell beteuert Fico, er strebe ebenfalls die strategischen Ziele der Regierung Dzurinda an, also die Mitgliedschaft in EU und NATO. Allerdings pflegt er – vornehmlich wenn er sich an die slowakische Öffentlichkeit wendet – Ergänzungen dieser Großziele vorzunehmen. So dürfe die Integration in die »euroatlantischen Strukturen« keinesfalls »wichtige nationale Interessen der Slowakei« wie etwa die »wirtschaftliche und soziale Stabilität« oder die »Beziehungen zu Nichtmitgliedern der NATO« bedrohen. Auch Ficos Besuch im NATO-Hauptquartier und seine Zusammenkunft mit Generalsekretär Robertson können letzte Zweifel über seine Einstellung zur Allianz nicht ausräumen.

Daß andererseits *Rußland* für Fico einen hohen Stellenwert besitzt, zeigte sich Ende Januar, als der Smer-Vorsitzende (vor seiner Reise nach Brüssel) mehrere Tage in Moskau weilte und sich dort mit hochrangigen Vertretern aus Administration und Wirtschaft traf. Smer-Generalsekretärin Monika Beňová erklärte auf die Frage, ob Smer eine Änderung in der slowakischen Rußland-Politik anstrebe, daß die Partei zwar Kontinuität mit Blick auf NATO und EU wahren werde, andererseits aber auch zu bedenken habe, daß »sich die Slowakei in einem geopolitischen Raum befindet, der uns eine einseitige Orientierung nicht erlaubt«.

Zwei Sachfragen wurden bei Ficos Moskau-Besuch intensiv debattiert: Erstens machte Fico seinen Gesprächspartnern deutlich, daß er mit Blick auf die Energiesicherheit der Slowakei die Nutzung von Kernkraft für unerläßlich halte. Deswegen müsse man unbefangen nach Finanzierungsmöglichkeiten suchen, die die Fertigstellung der Blöcke drei und vier des Kernkraftwerks Mochovce erlaube. Fico bekräftigte damit den seit längerer Zeit bestehenden Eindruck, daß die slowakische Atomlobby in seiner Person einen konsequenten Fürsprecher gefunden hat. Zweitens stellte Fico in Aussicht, daß er sich gegebenenfalls für den Kauf des russischen Raketenabwehrsystems S-300 einsetzen würde – ein Geschäft, das die Regierung Dzurinda gerade mit Blick auf die angestrebte NATO-Mitgliedschaft bereits im Frühjahr 1999 rückgängig machte.

Rückschlüsse auf Ficos künftige Pläne lassen sich auch aus seiner Entourage ableiten. Einerseits finden sich hier eine

Reihe von Figuren, die ehemals mit der HZDS liiert waren (so Generalsekretärin Beňová oder der Wirtschaftsexperte von Smer, Roman Václavík), andererseits sind Personen auszumachen, die aus dem SDĽ-Umfeld kommen (etwa der Historiker Dušan Čaplovič). Dazu kommen politische Chamäleons wie der Ex-Sozialdemokrat Boris Zala sowie einige wirkliche »neue Gesichter«. Die politischen Biographien von Ficos Adlati lassen bei all ihrer Heterogenität zumindest den Schluß zu, daß sich dieser Kreis kaum gegen Bündnisse mit der SDĽ oder der HZDS sperren würde.

Die innenpolitische Wetterlage

In toto ergibt sich eine innenpolitische Situation, bei der trotz allem einige deutlich sichtbare Entwicklungen ausgemacht werden können.

Die politische Szene der Slowakei bestimmt ein im ostmitteleuropäischen Maßstab nach wie vor überdurchschnittliches Maß an Fluidität. Dieser Sachverhalt wird am sichtbarsten in den organisatorisch-formellen Zerfalls- und Rekonstituierungsprozessen. Die stabilsten slowakischen Parteien sind die HZDS sowie die SMK, sowohl was innere Kohärenz als auch was die Bindung ihrer Gefolgschaft anbelangt. Alle anderen Gruppierungen können in Anbetracht der hohen Wählervolatilität erhebliche Schwankungen nach unten wie nach oben durchlaufen.

Das parteipolitische Gefüge ist geprägt von der Koexistenz starker und gleichzeitig programmatisch diffuser Parteien mit dominierenden Führungsfiguren (HZDS, Smer, SDKÚ), konsolidierter, doch politisch bzw. ethnisch segmentierter Gruppierungen (SNS, SMK) sowie schwacher Parteien mit klaren, doch letztlich moderaten programmatischen Aussagen (DS, KDH, SDĽ). Das Zusammenspiel von Personalisierung, Irrelevanz inhaltlicher Positionierung und virtuellen Parteien ohne nennenswerten organisatorischen Unterbau begünstigt den raschen Aufstieg neuer, schwer berechenbarer Politiker und politischer Subjekte. Mit Pavol Rusko, dem einflußreichen Medienmogul und »Macher« Rudolf Schusters und der SOP, steht schon der nächste Aspirant auf die Gründung einer dynamischen Ein-Mann-Partei nach dem Vorbild Schusters und Ficos bereit.

Folglich werden auch künftig Varianten der Regierungsbildung einen nicht zu vernachlässigenden Unsicherheitsfaktor bezüglich deren reform- und integrationspolitischer Ausrichtung aufweisen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge würde lediglich eine Prolongation der jetzigen Regierungskoalition (künftig SDKÚ, SDĽ, SMK und eventuell KDH) eine Fortführung der bisherigen Reformpolitik verbürgen.

Sollte sich Smer auf dem bisherigen Popularitätsniveau halten, dürfte kaum ein Weg am Unsicherheitsfaktor Fico vorbeiführen. Denkbar wären dann zwei Grundkonstellationen: zum einen eine Koalition aus Smer, SDĽ und SDKÚ, wobei es hier erst zu einer Abstimmung zwischen den ehrgeizigen Parteichefs Fico und Dzurinda kommen müßte. Eine solche Koalition würde vermutlich ob der unübersehbaren Aversion Ficos und der SDĽ gegenüber den Vertretern der ungarischen Minderheit kaum die SMK einschließen. Reform- und außenpolitisch brächte diese Allianz wohl eine Beibehaltung der bisherigen Prioritäten, allerdings hätten mit Smer und SDĽ zwei Gruppierungen eine starke Position, bei denen sozialpopulistische Tendenzen, eine gewisse Distanz zur NATO sowie eine Vertiefung der Kontakte mit Rußland eine Rolle spielen können. Zum andern wäre eine Koalition aus Smer und HZDS ohne Mečiar vorstellbar. Dieses Bündnis könnte um die SNS oder die SDĽ erweitert werden. Es steht außer Frage, daß eine solche Allianz sämtliche Beitrittsaussichten der Slowakei zunichte machen würde.

Natürlich können anderthalb Jahre vor dem regulären Wahltermin noch keine vertiefenden Überlegungen bezüglich etwaiger Regierungsbündnisse angestellt werden. Gleichwohl kann die Möglichkeit einer mehr oder weniger starken Erschütterung der inneren Basis der slowakischen Integra-

tionsanstrengungen auch im Jahre II nach Mečiar nicht ausgeschlossen werden.

Während sich solche innenpolitischen Friktionen einstweilen »lediglich« auf die Beitrittschancen des Landes auswirken, sollte nicht übersehen werden, daß ein künftiges EU-Mitgliedsland Slowakei mit einer unausgegorenen politischen Landschaft auch der Union selbst Unannehmlichkeiten verschaffen könnte. Um das reformpolitische »Reversibilitätsrisiko« zu mindern, sind slowakische Regierung und europäisches Umfeld daher gefordert, weiterhin aktiv zu bleiben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf

Was getan werden kann

Die politische Flurbereinigung, die in der Regierungskoalition ansteht, sollte zügig und friktionslos vollzogen werden. Die slowakischen Wähler brauchen stabile, klare und rechtzeitig konstituierte Politikofferten aus der rechten und linken Mitte des Parteienspektrums.

Solange die HZDS sich nicht wirklich erneuert, sich Vladimír Mečiars nicht entledigt, sich von den dunkelsten Gestalten der Phase von 1994 bis 1998 nicht distanziert und die Herrschaftsformen des Mečiarismus nicht nachhaltig verurteilt, muß die Partei konsequent isoliert werden.

Robert Fico sollte klar gemacht werden, daß er im Falle einer Liaison mit der HZDS (und erst recht der SNS) Gefahr läuft, sich in eine politische Quarantäne zu manövrieren. Fico müßte solchen Argumenten zugänglich sein, da er sich in seinem Handeln vorwiegend von den Realisierungschancen seiner Machtambitionen leiten läßt. Als *office seeker* ohne fest umrissenes Programm wird Fico, sollte er irgendwann Regierungsverantwortung übernehmen, eher dazu tendieren, auf Widerstände aus dem nationalen und internationalen Umfeld flexibel zu reagieren. Ließe Fico sich auf eine Kooperation mit den Parteien der jetzigen Regierungskoalition ein, könnte er eine ähnliche Rolle spielen wie die SDĽ und die SOP bei den Wahlen von 1998.

Insbesondere die SOP hat sich damals als dritte Kraft zwischen den Blöcken dargestellt und einen Teil des Protestwählerpotentials absorbiert. Nach den Wahlen erwiesen sich beide Parteien im großen und ganzen als verläßliche Koalitionspartner.

Die slowakische Regierung hat bislang ihre außenpolitischen Erfolge, vor allem die Ergebnisse des EU-Gipfels von Helsinki und die seither begonnene integrationspolitische Aufholjagd sowie die gestiegenen Aussichten auf eine Einladung zur NATO, innenpolitisch nur unzureichend »verkauft«. Nur für jeden achten Slowaken sind EU- und NATO-Mitgliedschaft ein vorrangiges Thema. Erst wenn sich die Gesellschaft der Bedeutung der slowakischen Mitgliedschaft in den europäischen und transatlantischen Strukturen vollauf bewußt wird, kann auch eine Sensibilisierung erfolgen, was eine Schwächung der Reformkräfte hieße: Die Slowakei würde auf ihrem Weg nach Brüssel meilenweit zurückgeworfen.

Bei den Wendewahlen 1998 spielten nichtregierungsgebundene Organisationen und unabhängige Medien eine zentrale Rolle als Aufklärungs-, Meinungsbildungs- und Mobilisierungsinstanzen. Besonderes Augenmerk ist daher auch künftig auf die Entwicklung des dritten Sektors und zivilgesellschaftlicher Netze zu richten.

Als Mikuláš Dzurinda Anfang März nach Brüssel reiste, konnte er anerkennende Worte von Romano Prodi hören: »Ich bin sehr zufrieden mit dem bisherigen Fortschritt.« Solche Äußerungen geben berechtigterweise Anlaß zu Optimismus. Das Ziel, im Rahmen der Beitrittsregatta zusammen mit den Visegrád-Partnern möglichst bis 2004 in den Brüsseler Hafen einzulaufen, ist in der Tat realer geworden. Um es zu erreichen, muß das slowakische Schiff aber auch in Zukunft auf Kurs bleiben.